

Internationale Gewerkschaftskonferenz

Autor(en): **Heymann, G.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **8 (1916)**

Heft 10

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-350600>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Streitigkeiten aus der Militärversicherung die gleichlautenden Anträge abgelehnt, was jedoch nur durch ein Missverständnis beim Abstimmungsmodus unter ganz schwacher Beteiligung des Rates möglich war, zu einer Tageszeit, wo die Gedanken der Rats Herrn schon einen Abstecher machten in die wohlriechenden Töpfe der verschiedenen Hotelküchen. Dieses Schicksal unseres Antrages konnten wir jedoch in der nachfolgenden Sitzung der Kommission wieder in ein günstiges Resultat verwandeln, und es akzeptierte dann der Rat ohne weiteres unseren Antrag auf Wiedererwägung im Sinne der formlosen schriftlichen Berufung auch für die Streitigkeiten der Militärversicherung.

Einen Erfolg hatten wir auch in folgender Sache: Die Vorlage hatte vorgesehen, dass die Parteien nur bei einem Streitwerte von Fr. 4000 und darüber das Recht haben sollten, vor dem Versicherungsgerichte in Luzern einen mündlichen Vortrag zu halten. Um hier die Grenze zu verringern, stellten wir einen Hauptantrag auf unbeschränkte Zulassung der Parteien zum mündlichen Vortrage und einen eventuellen Antrag auf Reduktion der Grenze von Fr. 4000 auf Fr. 2000. Dieser Eventualantrag fand dann auch das Mehr. Der Hauptantrag war mehr aus taktischen Gründen gestellt und wir brauchen ihm keine Tränen nachzuweinen, weil bei kleinen Streitwerten es für die Versicherten die Kosten nicht verlohnt, nach Luzern zu reisen, während die Anwälte der Anstalt die Abwesenheit des Recht suchenden Arbeiters benutzen könnten zu einem einseitigen mündlichen Vortrage.

Auch bei dem Institute der Revision haben Kommission und Rat einige unserer Anträge genehmigt. Ebenso in prozesstechnischer Beziehung haben verschiedene Anträge unserer Vertreter in der Kommission die gewünschte Gestalt bekommen. Hervorzuheben ist, dass der Kommissionspräsident Dr. Studer den Vorschlag zu der neuen praktischen Fassung der Vorlage machte.

Das Einbringen von weitergehenden Vorschritten für die kantonalen Gerichte in die Vorlage konnte vor Verfassung und Gesetz nicht standhalten, da das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz ausdrücklich den Kantonen das Recht verleiht, ihr gerichtliches Verfahren selbst festzulegen. Die Unterstützung eines bezüglichen Antrages von Professor Zürcher musste daher aussichtslos sein.

Dagegen waren wir in der Lage, in der Kommission und im Rate mit aller Kraft gegen einen Antrag Zürcher anzukämpfen, welcher die Vorlage nicht als Beschluss der Bundesversammlung, sondern als Gesetz behandelt wissen wollte. Das Volk hat in der Abstimmung über das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz aus-

drücklich den Willen kundgegeben, dass die Bundesversammlung endgültig die Bestimmungen über Organisation und Verfahren des eidgenössischen Versicherungsgerichtes erlassen solle. Trotzdem machte man in Kommission und Rat lebhaft Anstrengungen, den Gesetzgebungs-karren für diese Materie in Bewegung zu setzen. Man berief sich fälschlich auf sogenannte demokratische Gründe. Es handelt sich aber in dieser Frage nicht um einen Einbruch in die demokratischen Rechte des Volkes, weil dieses bereits seinen Willen unzweideutig kundgegeben hatte. Dagegen barg dieser Antrag für die Arbeiterschaft eine grosse Gefahr in sich. Es wäre dadurch eine solche Verschleppung der Sache eingetreten, dass von einer Eröffnung der Unfallversicherungsanstalt im Frühjahr 1917 kaum mehr die Rede hätte sein können. Wir konnten diesem Sturme mit Erfolg entgegentreten.

Hoffen wir, dass die eroberten Positionen in der Küche des Ständerates, welcher die Vorlage noch einmal zu passieren hat, keine Verschlechterung, sondern eher eine Zulage in gutem Sinne erfahren!

Wenn wir auch im Nationalrate nicht alles erreicht haben, was wir gerne erstrebten, können wir doch mit Genugtuung auf die Arbeit zurückblicken, welche die Fraktionsmitglieder und die Vorstände der genannten Verbände im Interesse der Arbeiterschaft übernommen haben.

Es ist der Fürsorge des Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Partei zuzuschreiben, dass so mancher sachdienliche Gedanke in der Vorlage seine Aufnahme gefunden hat.



Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Die vor einiger Zeit angezeigte Konferenz der Vertreter der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen ist nun endgültig auf den 11. Dezember nach Bern einberufen worden. Die Einberufung erfolgte durch das nachstehende Schreiben des Präsidenten des I. G. B., Genosse C. Legien, an die angeschlossenen Landeszentralen.

Berlin, den 4. Oktober 1916.

An den Schweizerischen Gewerkschaftsbund
Bern.

Werte Genossen!

Vorgänge, die geeignet erscheinen, die in dem internationalen Gewerkschaftsbund geschaffene Organisation zu zerreißen, machen es notwendig, noch während der Kriegszeit eine internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen.

Die Konferenz soll am 11. Dezember in Bern (Schweiz) stattfinden.

Für die Tagesordnung ist vorgesehen: Entscheidung über:

1. den Fortbestand des I. G. B.;
2. die Herausgabe der Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz;
3. sonstige Anträge.

Nach dem Regulativ (Beschluss der Konferenzen von Budapest 1911 und Zürich 1913) darf jede Landeszentrale zu den internationalen Konferenzen höchstens zwei Delegierte entsenden.

Die Notwendigkeit der Konferenz ergibt sich aus folgendem:

Am 5. Juli dieses Jahres tagte in Leeds (England) eine Gewerkschaftskonferenz, auf der die Confédération générale du Travail und die General Federation of Trades Unions durch ihre Sekretäre offiziell vertreten waren. Ausserdem waren Vertreter aus Belgien und zwei Vertreter einer Gewerkschaftsorganisation in Italien anwesend, die der Confederazione del Lavoro nicht angeschlossen ist, von der Konferenz aber als Vertretung der Gewerkschaften Italiens anerkannt wurde.

Die internationale gewerkschaftliche Organisation, der I. G. B. besteht fort, wenn er jetzt auch die ihm übertragenen Aufgaben nur in beschränktem Masse erfüllen kann. Er hat, solange der Krieg die Länder Europas verheert, Völkermassen vernichtet und die Arbeiterschaft international trennt, die Aufgabe, den Zusammenhalt äusserlich zu sichern, damit der I. G. B. nach Kriegsschluss zur früheren Art seiner Betätigung leichter zurückgeführt und in höherem Masse ausgebaut werden kann.

Die Zweigstelle in Amsterdam machte es allen Landeszentralen, für die der Verkehr mit der Zentralstelle des I. G. B. durch den Krieg unterbrochen war, möglich, die Verbindung aufrecht zu erhalten, ohne sich in Widerspruch mit den Interessen des eigenen Landes zu setzen. Es hätte deshalb jede Landeszentrale davon absehen müssen, besondere Konferenzen zu veranstalten. Es ist weder von den Landeszentralen der neutralen Länder, noch von denen der Mittelmächte etwas derartiges versucht oder auch nur angeregt worden. Ihr brieflicher Verkehr mit dem I. G. B. war genau der gleiche, wie der auf indirektem Wege über Amsterdam mit den Ländern der Ententemächte, obgleich das Bedürfnis für eine Aussprache hier ebensogut vorhanden war wie dort.

Auf der Konferenz in Leeds fand nicht nur eine solche Aussprache statt, sondern es wurden auch Beschlüsse gefasst, deren Durchführung die Errichtung einer neuen gewerkschaftlichen internationalen Organisation für die genannten vier Länder bedeuten würde. Es soll in Paris ein Korrespondenzbureau errichtet werden, dem ein Beirat aus Delegierten der angeschlossenen Länder vorsteht. Der Sekretär der Confédération générale du Travail wurde ausserdem beauftragt, eine neue Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder vorzubereiten.

Damit ist die Organisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes durchbrochen. Den ihm angeschlossenen Landeszentralen muss deshalb Gelegenheit gegeben werden, über den Fortbestand des I. G. B. und seine weitere Tätigkeit zu entscheiden. Das kann nur auf einer Konferenz geschehen, an der alle Landeszentralen, die dem I. G. B. angehören, vertreten sein können. Deswegen ist, nach Verständigung mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund, zum Tagungsort Bern vorgesehen und der Zeitpunkt der Konferenz bis Mitte Dezember hinausgeschoben worden.

Die Schwierigkeiten, die für die Beschiekung und Tagung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz

zurzeit bestehen, sind nicht zu verkennen. Es gibt aber, soll die internationale gewerkschaftliche Bewegung nicht auf Jahre über die Kriegsdauer hinaus völlig lahmgelegt werden, keinen anderen Weg zur Erledigung der Sache. Schon einmal, im Juni 1915, ist von der Mehrheit der Landeszentralen auf schriftlichem Wege beschlossen worden, dass bis zum Kriegsschluss eine Aenderung bezüglich des I. G. B. nicht eintreten soll. Der Weg der Umfrage wird jetzt nicht wieder gewählt werden können, weil es sich nach der Tagung der Konferenz in Leeds nicht mehr allein um den Antrag der Sitzverlegung des I. G. B., sondern um den Fortbestand und die Gestaltung der gewerkschaftlichen Internationalen für die Zukunft handelt.

Unter diesen Umständen müssen die Schwierigkeiten, die einer internationalen Konferenz entgegenstehen, überwunden und die Unannehmlichkeiten ertragen werden, die mit der Delegation zur Konferenz verbunden sind. Deshalb hoffen wir, dass alle Landeszentralen, die der internationalen Trennung der Gewerkschaften vorbeugen wollen, Vertreter zur Konferenz entsenden werden.

Mit brüderlichen Grüssen

C. Legien.

Welches Schicksal wird dieser Konferenz vorbehalten sein? Werden die Landeszentralen derart vertreten sein, dass Beratungen möglich und Beschlüsse gefasst werden können, die über die Zukunft des I. G. B. zu entscheiden vermöchten? Oder wird die Abwesenheit der Vertreter mehrerer Landeszentralen der Konferenz den Charakter geben, den der schweizerische Gewerkschaftsausschuss im voraus zeichnete, als er die Vorbereitungen dazu übernahm: «Es verhehle sich niemand, dass eine internationale Konferenz, die diesen Namen verdient, in der gegenwärtigen Zeit beinahe unmöglich sei; weil die einen nicht kommen können und die andern nicht kommen wollen.» Die Zukunft wird dies zeigen.

In dem Augenblick, in dem wir diese Zeilen schreiben, weiss man noch nicht, ob Landeszentralen ihre Absicht, sich in Bern nicht vertreten zu lassen, offiziell bekanntgegeben haben.

Wenn man aber gewissen Aeusserungen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Presse der betreffenden Länder glauben darf, so ist damit zu rechnen, dass — um nur die kriegführenden Länder zu nennen — England, Frankreich und Belgien nicht vertreten sein werden. Vor einigen Tagen veröffentlichte *Gaspar*, Sekretär des belgischen Metallarbeiter-Verbandes, einen Artikel in der «Humanité», in dem er durchblicken liess, dass an der Konferenz in Leeds die Frage einer eventuellen Teilnahme an einer internationalen Gewerkschaftskonferenz besprochen worden sei.

Nachstehend einige Zeilen dieses Artikels, die den Geist erkennen lassen, von dem die Delegierten erfüllt waren.

«Unter dem Vorwand, den ersten Resultaten der Konferenz in Leeds entgegenzuwirken, deren Tragweite man zu entstellen sucht, zeigt man uns an, dass

man in der Schweiz einen internationalen Gewerkschaftskongress herbeiführen werde.»

«Wir möchten die Unmöglichkeit der Vereinigung eines solchen aufzeigen, sowie den Kleinmut und den Mangel an Takt derjenigen, die eventuell dem Ruf des ehemaligen Sekretärs der gewerkschaftlichen Internationalen, der einer der tätigsten Geschäftsträger des Kaisers in der Arbeiterschaft geworden ist, folgen würden.»

Und weiter:

«Die unabweisbaren Gründe, die Legien jede moralische Autorität zur Einberufung eines internationalen Kongresses nehmen, sind zahlreich:

Seit mehr als zwei Jahren wird die Bevölkerung eines Teiles von Frankreich und von beinahe ganz Belgien von den deutschen Soldaten gemartert, und man wartet jetzt noch auf das Echo einer Protestation dieses Arbeitersekretariates.

«Im Laufe ihrer Verwüstungen haben deutsche Soldaten Volkshäuser verbrannt, sozialistische Genossenschaften schändlich geplündert, die Kassenschränke der Gewerkschaften gewaltsam geöffnet und den Inhalt gestohlen. Und anstatt öffentlich dieses Vorgehen zu verurteilen, hatten die deutschen Gewerkschaften die Unverschämtheit, ihre Sendlinge nach Belgien zu schicken und durch sie den Opfern und den zerstörten Organisationen Geld anzubieten, das übrigens unsere Freunde mit viel Würde abgelehnt haben.»

Nach Anführung dieser Gründe — wir geben nur einen Auszug — schliesst der Verfasser seinen Artikel mit folgenden Zeilen, die gewissermassen eine Einladung an die Landeszentralen sind, sich nicht nach Bern zu begeben:

«An die Opfer denkend und an alle, die in dem grossen Gefängnis, das aus Belgien geworden, geblieben sind, fragen wir uns heute schmerzbewegt, wer wohl der deutschen Einladung Folge leisten könnte.»

«Wird es in den durch ihre Begeisterung, die sie immer bewegte, grossen französischen Gewerkschaften auch nur ein einziges Mitglied geben, um dem Ruf derer zu folgen, die allen revolutionären Ueberlieferungen untreu geworden sind?»

«Wird man in den italienischen Gewerkschaften zu wenig benachrichtigte, schlecht unterrichtete Kameraden finden, um eine brüderliche Hand denen zu bieten, die selbst nicht den Mut aufzubringen vermögen, um sich von ihrer Vergangenheit der Irrtümer loszusagen?»

«In den englischen Gewerkschaften wird dem Rufe niemand folgen; sie haben es deutlich genug ausgesprochen in Leeds und Birmingham.»

«Und was werden die neutralen Gewerkschaften tun? Werden sie an diesen Kongress gehen? Die Belgier werden auf alle Fälle nicht dort sein.»

Als Bewohner eines neutralen Landes und obwohl nur indirekte Opfer des Krieges, deren Leiden unendlich geringer sind, als die Arbeiterklasse der kriegführenden Länder, besonders der besetzten Gebiete, darunter Belgien, zu ertragen hat, werden wir uns hüten, die von Gaspar ausgesprochenen Gefühle, die gewiss die der grossen Masse sind, zu beurteilen. Wir beschränken uns darauf, sie zu verstehen, und sprechen den unglücklichen Opfern eines Krieges, den sie nicht wünschten, unsere ganze Sympathie aus. Gleichzeitig sehnen wir den Tag herbei, der ihnen die

Befreiung und die Wiederherstellung ihrer Rechte bringt.

Trotzdem wird man uns eine Bemerkung erlauben über die Art und Weise wie die internationale Konferenz in Bern aufgefasst wird.

«Wer könnte wohl der deutschen Einladung folgen» fragt man uns. Handelt es sich denn wirklich um eine deutsche Einladung und nicht um die offizielle Einberufung durch den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der seinen Sitz in Berlin hat. Wenn dieser Unterschied bei gewissen Kameraden der kriegführenden Länder nicht existiert, so sollte er doch den Gewerkschaftern der neutralen Länder, die sich die Frage vor allem vom gewerkschaftlichen Standpunkte anschauen, nicht entgehen.

Damit vergessen sie nicht, dass einmal die Verantwortung derer, die ihrer Pflicht in dem Augenblick untreu wurden, wo sie am unabweisbarsten war, festgestellt werden muss. Aber sie wissen auch, dass der Krieg nicht das Resultat irgendeiner politischen Regierungsform, sondern des Kapitalismus in seiner Gesamtheit ist. Wenn der Kriegschluss die Arbeiterklasse aber getrennt findet, so wird dies nur ihr Schaden sein. Dann muss man aber auch nicht erstaunt sein, wenn Neutrale sich bis ans Ende für das Schicksal des Internationalen Gewerkschaftsbundes interessieren.

* * *

Man sollte dieser internationalen Gewerkschaftskonferenz aber auch nicht mehr Bedeutung zumessen, als ihr zukommt. Der I. G. B. stand bei Kriegspunkt noch lange nicht auf dem Höchstpunkte seiner Entwicklung. Sein Sekretariat war nicht viel mehr als eine Korrespondenz- und Uebersetzungszentrale — sehr nützlich, das geben wir zu, aber doch nicht absolut unentbehrlich. Die Sache war auf alle Fälle noch entwicklungsfähig. Um sich darüber Rechenschaft zu geben, genügt es, die im Oktober 1915 veröffentlichten Berichte für 1913 - 14 und 1914 - 15 durchzugehen.

Wir glauben aber nicht, dass der I. G. B. nie etwas anderes machen könne, als eine Korrespondenz- und Uebersetzungszentrale zu unterhalten, sowie nie etwas anderes sein werde, als ein Mittel zur Herstellung der Verbindung mit isolierten Gewerkschaftsverbänden. Man darf aber nicht vergessen, dass die Gewerkschaftsbewegung durch die Berufe tatsächlich getrennt wird, und dass die internationalen Beziehungen auf diesem Gebiete vorsichgehen, selbst während des Krieges, und vermittelt der internationalen Berufssekretariate. Welchen Erfolg die Berner Konferenz auch haben mag, die internationale Gewerkschaftsbewegung wird sich nicht merklich ändern.

Was den I. G. B. anbetrifft, wird er nach dem Schlusssatz seines Präsidenten im genannten Bericht einige Änderungen erleiden müssen. Legien schreibt dort: « Da ich meinerseits das möglichste zu dem Ausgleich beitragen will, so werde ich in einigen Wochen den Landeszentralen einen solchen Reorganisationsvorschlag unterbreiten. »

Von allen Gesichtspunkten aus betrachtet, wird es folglich das beste sein, die Ereignisse abzuwarten.

G. Heymann, Sekretär

der Uhrenarbeiter der franz. Schweiz.



Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Obgleich dem unheimlichen Kriege noch immer kein Ende abzusehen ist, beschäftigt man sich schon in einigen kriegführenden Ländern intensiv mit der Frage der « Abrüstung », der neuen Umschaltung der Industrie von der Kriegs- zur Friedensarbeit. Im Zeitalter der Elektrizität kommt es viel auf die Zeit an: wer sich früher den neu entstehenden Verhältnissen anzupassen versteht, der gewinnt einen nicht leicht wettzumachenden Vorsprung auf dem Weltmarkte. Darum wird eben in Deutschland, das seine Industrie auch zuerst für die Bedürfnisse des Krieges angepasst hat, heute sorgsam auch die Ueberleitung in den Friedenszustand erwogen, vorbereitet. Für die Schweiz hat dieses Problem zwar nicht die Bedeutung wie für die kriegführenden Länder; immerhin arbeitet auch hier ein grosser und immer steigender Teil der Unternehmungen für den Krieg. Abgesehen davon, wird es auch für ihre Stellung auf dem Weltmarkte davon abhängen, ob und inwieweit sie sich den neuen Wettbewerbsmethoden anzupassen imstande sein wird. Es gilt, die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen genau zu verfolgen, die allgemeinen Tendenzen kennen zu lernen, um nicht zwischen die Mühlsteine zu geraten, von den übermächtigen, sich einander bekämpfenden Nachbarn erdrückt zu werden. Es ist ferner notwendig, sich schon jetzt Klarheit darüber zu verschaffen, welche Länder nach dem Kriege noch Aussicht auf wirtschaftliches Fortkommen haben, was für die Anbahnung neuer wirtschaftlicher Verhältnisse von Bedeutung werden kann. Speziell für die Arbeiterschaft taucht mit der Ueberleitung der Industrie in den Friedenszustand eine Menge von Problemen auf, wie die Verwendung der während des Krieges neu hinzugekommenen Arbeitskräfte und Beschaffung von Arbeit für diejenigen, die heute notgezwungen der produktiven Arbeit entrissen sind, die Wiederherstellung der Schutzgesetze und Anpassung der Organisationsarbeit an die neuen Kampfbedingungen.

In einer Reihe von Abhandlungen an dieser Stelle haben wir es versucht, die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu kennzeichnen. Jetzt wollen wir noch einiges über den wahrscheinlichen Verlauf der Uebergangszeit hinzufügen und die Massnahmen andeuten, die unseres Erachtens unerlässlich sind, um die Wirtschaft zu kräftigen, ihr einen Halt im kommenden Wettbewerb zu geben. Wir werden noch Gelegenheit haben, in weiteren Untersuchungen manch andere Probleme der kommenden Wirtschaftsepoche zu streifen.

Vor dem Kriege und noch in seinen ersten Monaten war in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland in der Geschäftswelt allgemein der Glaube verbreitet, dass auf den Krieg eine Hochkonjunktur folgen werde. Ein Vertreter einer Berliner Grossbank, *Hermann Hecht*, schrieb nach dem ersten Kriegsjahre im Berliner Tageblatt:

« Wenn der Sieg über unsere Feinde erfochten und ihnen der Friede diktiert sein wird, wird ein Aufschwung in Deutschland einsetzen, wie ihn die Welt noch niemals erlebte... »

So dachten viele Unternehmer und liessen sich leicht in den Krieg hineinreissen... Man kalkulierte: der Krieg werde eine Menge von Gütern zerstören, die Wirtschaftskraft von Deutschlands Konkurrenten schwächen, indem man ihnen eventuell bedeutende Kriegsschädigungen auferlegen werde, Deutschland hingegen neue Märkte eröffnen und darum also Deutschland einen Aufschwung von nie dagewesener Stärke bringen. Wir trafen diese verhängnisvolle Illusion auch bei « marxistischen » Volkswirten an, die ebenfalls glaubten, die Nachfrage nach Waren und mit ihr der wirtschaftliche Aufschwung, werden nach dem Kriege gross sein. Man übersah aber, dass nicht die Nachfrage die Produktion schafft, sondern dass umgekehrt von der Produktion auch die Nachfrage abhängt, dass die Entwicklungsmöglichkeiten einer Wirtschaft auf ganz anderen Momenten basiert, auf der lebendigen und toten (Kapital) Arbeit, dass aber bei geringer Produktionsfähigkeit die Nachfrage dem entsprechend eingeschränkt wird. Heute beginnen auch schon bürgerliche Volkswirte einzusehen, dass wir einer Periode tiefster Depression entgegengehen. *Lederer* im « Archiv für Sozialwissenschaft », *Eulenburg* in der « Neuen Rundschau » und jetzt auch *Stillich* in einer kleinen Schrift stimmen darin überein, dass von einem kommenden wirtschaftlichen Aufschwung keine Rede mehr sein könne.

In der Tat. Die Arbeiterschaft wird dezimiert und in ihrer Kaufkraft stark geschwächt sein. Die Lebensmittelpreise sind in Deutschland horrend (um 100 und mehr Prozente) gestiegen; der Lohn hat sich aber wenig verändert, von einigen Kriegsindustrien abgesehen. Das geht am besten